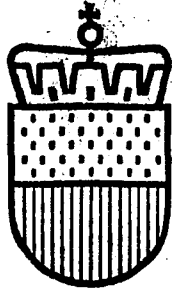


Liechtensteiner Volksblatt

Mit den amtlichen Publikationen aus dem Fürstentum Liechtenstein

Bezugspreise: Liechtenstein und Schweiz jährlich sFr. 27.—, halbjährlich sFr. 14.—, vierteljährlich sFr. 7.50 — Vorarlberg jährlich öS 270.—, halbjährlich öS 140.—, vierteljährlich öS 72.—, übriges Ausland jährlich sFr. 45.—, halbjährlich sFr. 23.—. Bestellungen nehmen alle Postämter und die Verwaltung des «Liechtensteiner Volksblatt» in Schaan entgegen. Postscheckkonto: 90-2988 St.Gallen — Verwaltung und Redaktion: FL-9494 Schaan, Lindenplatz 119, Tel. (075) 2 49 49 / 2 49 50 — Druck: Buchdruckerei Gutenberg, FL-9494 Schaan (Fürstentum Liechtenstein). Einzelverkaufspreis: sFr. —/30/öS 2.—



Anzeigenpreise: Einspaltige Millimeterzelle (36 mm) in Liechtenstein: Anzeigen 16 Rappen, Textreklame (74 mm) 50 Rappen. In der Schweiz: Anzeigen 20 Rappen, Textreklame 50 Rappen. In Vorarlberg und im übrigen Ausland: Anzeigen 21 Rappen, Textreklame 60 Rappen — Anzeigenannahme: Für das Fürstentum Liechtenstein: Verwaltung «Liechtensteiner Volksblatt», Lindenplatz 119, FL-9494 Schaan, Telefon (075) 2 49 49 und 2 49 50. Für die Schweiz und das übrige Ausland: «ASSA», Schweizer Annoncen AG, CH-9001 St.Gallen, Oberer Graben 3, Telefon (071) 22 26 26 und übrige Zweiggeschäfte der «ASSA»

AZ — FL-9494 Schaan, Mittwoch, 22. Dezember 1971

Erscheint Dienstag/Mittwoch/Donnerstag/Samstag

104. Jahrgang — Nr. 190

LANDTAG

Aus der Budgetdebatte

Die liechtensteinische Botschaft in Bern wird im kommenden Jahr aus der Gerichtsgasse auszuziehen und in ein neues Botschaftsgebäude (unweit der Vertretung Deutschlands) übersiedeln. Der Ankauf des neuen Gebäudes (Preis über 2 Millionen Franken) wurde vom Landtag mehrheitlich genehmigt.

*

Eindringlich appellierte der Abgeordnete Hans Verling (FBP) für die baldige Verwirklichung der endgültigen Planung für das Vaduzer Kongresshaus. 10 Jahre, die seit der Bildung des Komitees jetzt vergangen sind, seien in der heutigen Zeit doch ein sehr langer Weg. Regierungschef Dr. Hilbe stellte in Aussicht, dass der Wettbewerb für den Neubau im kommenden Jahr ausgeschrieben und — vom Land aus — auch Ueberlegungen angestellt worden seien, einen Landtagssaal im neuen Gebäude unterzubringen.

*

Der FBP-Abgeordnete Anton Gerner kritisierte am Strassenbaubericht zum Budget 1972, dass mehr als zwei Drittel der projektierten Strassensanierungen im Oberland lägen, während wichtige und teilweise schon seit Jahren anstehende Strassenbauvorhaben des Unterlandes erneut unberücksichtigt geblieben seien. Wir werden zu diesem Thema noch ausführlicher berichten.

*

Keine konkrete Zusage konnte der Regierungschef zum Stand der Planung für ein neues Ausstellungsgebäude machen, in welchem die vom Landesfürsten bereitgestellten Waffen- und Bildersammlungen öffentlich gezeigt werden sollen. In einem diesbezüglichen Votum, das wir in unserer Freitagausgabe veröffentlichten, unterstrich der Abgeordnete Dr. Malin die europäische, ja weltweite Bedeutung der Fürstlichen Kunstsammlungen.

*

Vorläufig dürfte es noch kein spezielles Amt für Umweltschutz in Liechtenstein geben. Auf ein diesbezügliches Votum Dr. Malins erwiderte Regierungsrat Oehri, dass man zunächst ein modernes Naturschutzgesetz schaffen müsse, wobei sich dann erweisen werde, ob man die Frage des Umweltschutzes miteinbeziehen könne. Auch der Regierungschef zeigte sich vom Gedanken der Schaffung einer Sonderstelle für Umweltschutz nach wie vor nicht besonders angetan.

*

Für eine bessere Besoldung auch der Lehrer an der liechtensteinischen Musikschule setzte sich der Abgeordnete Dr. Georg Malin ein, nachdem der Landtag die von der FBP eingebrachten Verbesserungen der allgemeinen Lehrgehälter genehmigt hatte.

Finanzen: «Dafür sind wir gewählt!»

Gibt der Landtag die Finanzhoheit langsam aus der Hand?

Unser Parlament ist überfordert. Es gibt indessen keinen Grund, auf diesen Zustand, der sich auf die politische Tätigkeit für unser Land nur negativ auswirken kann, stolz zu sein. Wenn man die paar Kilo Gesetzesvorlagen und Anträge gesehen hat, die allein in den letzten zwei Sitzungstagen (am Mittwoch und Donnerstag) durchgepaukt wurden, kann man sich nicht vorstellen, dass heute noch jeder der 15 Abgeordneten weiss, was alles beschlossen wurde. Offenbar ist es noch nicht gelungen, von der Zeitdruckmethode (Regierungschef Dr. Hilbe nennt es «Sachzwang») abzukommen.

In der öffentlichen Sitzung der letzten Woche zeichnete sich indessen noch eine weitere,

nicht minder negative Tendenz ab: das Parlament scheint im Begriffe zu sein langsam aber sicher etwas vom Wichtigsten aus der Hand zu geben: die Finanzhoheit! Die Grenze zwischen den Finanzkompetenzen der Regierung und jenen des Landtages scheint sich neuerdings zumindest immer mehr zu verwischen. Verschiedene Anhaltspunkte aus der letzten, öffentlichen Sitzung bestätigen das.

So beantwortete der Regierungschef die FBP-Interpellation über die Umfahrungsstrasse und erklärte ausdrücklich, dass er gewillt sei, sie zu realisieren. Das Parlament begnügte sich mit diesen Ausführungen und schien (wohl auch aufgrund der schon lange dauernden Sit-

zung) keine Lust zu verspüren, näher auf das Projekt einzugehen. Dabei geht es schon in der ersten Ausbauphase der Umfahrungsstrasse um rund 60 Millionen Franken. Zumindest hätte interessieren müssen, wie und auf welche Art sich der Bau- und Finanzminister diese Summe beschaffen will.

So vor allem bei dem von der Regierung beantragten Kontokorrentkredit von 10 Millionen Franken und bei der Frage der Aufnahme einer Staatsanleihe von 15 Millionen Franken. Im ersten Fall entzog sich das Parlament die Finanzkontrolle selbst, indem sich die VU-Fraktion einheitlich auf Seite der Regierung schlug, im zweiten war es ähnlich. Dabei ging es nicht um die Frage, ob die Regierung das Geld erhalten soll, sondern wie weit der Landtag die Kontrolle über die eingeleitete Verschuldung behalten kann.

Die FBP-Fraktion stellte zum angeforderten Kontokorrentkredit die Anträge, dass der Kredit (der bei der Landesbank mit derzeit 6 Prozent zu verzinsen ist) nur zur Ueberbrückung von Kassadefiziten im Laufe des Haushaltsjahres 1972 verwendet werden und sich die Regierung am Ende des nächsten Jahres um eine allfällige Verlängerung des Kontokorrentkredites erneut an das Parlament wenden sollte.

Es war unbestritten, dass im Laufe des Finanzjahres Schwankungen in der Liquidität des Landes auftreten können. So etwa, wenn grössere Einnahmeposten noch nicht vorliegen, andererseits aber bestimmte Ausgaben sofort vorgenommen werden müssen (Lohnauszahlungen etc.).

Die FBP-Fraktion wollte mit diesen Anträgen erreichen, dass aus dem Ueberbrückungskredit des Kontokorrentkontos bei der Landesbank nicht eine Blankovollmacht für die Regierung und möglicherweise ein «ewiger Kredit» wird. Sollte das Kontokorrentkonto bis Ende 1972 nicht wieder ausgeglichen sein, hätte sich die Regierung erneut an den Landtag wenden müssen, um den Kredit entweder zu verlängern oder aber als feste Schuld mit bestimmten Tilgungssätzen ausgleichen müssen.

Obwohl es (wie gesagt) nicht um die Frage ging, ob das Geld bewilligt werden sollte, sondern um die Kontrolle des Landtages auch über

(Fortsetzung Seite 2)

Malbun: Lawinengang

Schneebrett beschädigte Ferienhaus

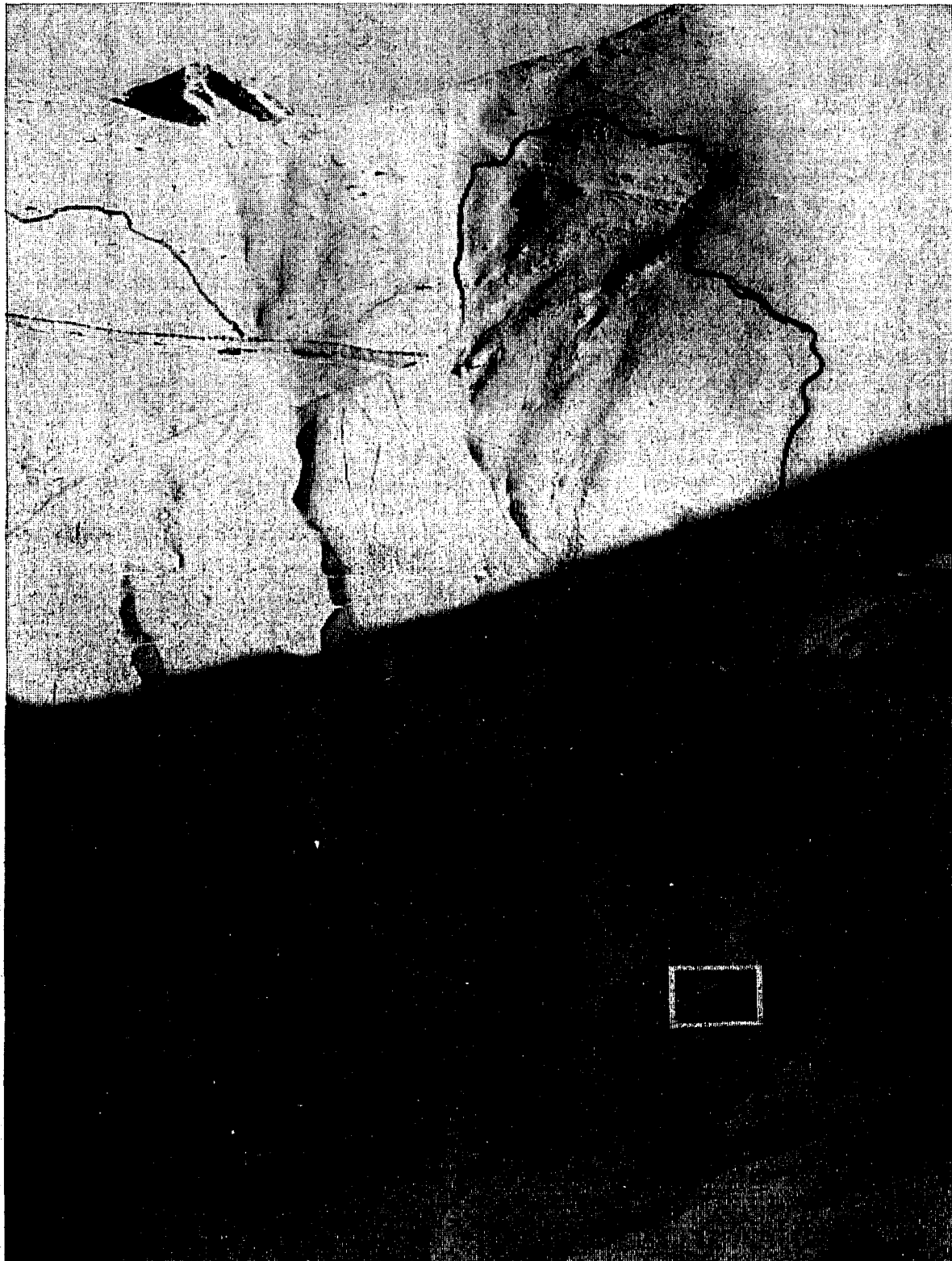
Am Samstag, den 11. Dezember löste sich unterhalb des Sareisgrads im hinteren Malbuntal trotz geringer Schneemenge ein Schneebrett, das lawinenartig auf die Talsohle zurollte und dabei ein Ferienhaus erheblich beschädigte. Glücklicherweise befand sich zum Zeitpunkt des Lawinenabganges niemand im Bereich der Unglücksstelle, so dass keine Menschen zu Schaden kamen.

Unsere Aufnahme, die uns freundlicherweise von der Fachgruppe für Berglandsanierung zur Verfügung gestellt wurde, zeigt das lawinengefährdete Gebiet im hinteren Teil des Malbuntales. Die Anrisstellen am Sareisgrad haben wir zur besseren Kenntlichmachung mit einer dunklen Linie nachgezogen. Unten im Bild erkennt man das (weiss eingerahmte) Ferienhaus,

das von der Lawine erfasst und teilweise eingedrückt wurde.

Es wird in diesem Zusammenhang einmal mehr deutlich, wie wichtig die baldige Inbetriebnahme des Lawinenwarndienstes und die spätere Verbauung der Lawinenanrisgebiete ist.

Dazu noch eine Anregung, die ein anderes, lawinengefährdetes Gebiet, den Plattatolhang über der Zufahrtsstrasse Steg-Malbun betrifft: Sollte man entlang der Strasse nicht Schilder errichten, die auf die möglichen Lawinenniedergänge etwa in dem Sinne hinweist, dass «Anhalten wegen Lawinengefahr verboten» ist. Ortsfremde Besucher könnten sonst versucht sein, just in diesem Bereich ihr Auto abzustellen um die Umgebung zu bewundern.



Weihnachts-Ausgabe

Redaktionsschluss heute abend

Die letzte Ausgabe des «Volksblatt» in der Weihnachtswoche erscheint übermorgen Freitag. Um den ohnehin schon überlasteten Zustellbeamten entgegenzukommen, gelangt die Zeitung schon am Donnerstagabend in den Versand. Der Redaktionsschluss für die Weihnachtsausgabe musste deshalb auf heute Mittwochabend vorverlegt werden. Wir bitten unsere Mitarbeiter und Inserenten um Beachtung der neuen Abschlusszeit und danken für ihr Verständnis. Einige Beiträge, die für die heutige Ausgabe vorgesehen waren, mussten wir wegen der veränderten Erscheinungsweise auf die Freitagausgabe verschieben. Am Freitag, 24. Dezember, sind nachmittags die Büros der Redaktion und Verwaltung geschlossen.


Privatkonto plus
SWISS CHEQUE
führen zur
Verwaltungs- und Privat-Bank AG
Vaduz

 LONGINES
huber